

Initiativ-Resolution

Antragsteller: SPD-Kreisvorstand

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Informationsfreiheit stärken – das Informationsfreiheitsgesetz modernisieren, nicht beschneiden

Die SPD Karlsruhe bekennt sich ausdrücklich zum Informationsfreiheitsgesetz (IFG) als einem unverzichtbaren Baustein einer modernen, transparenten und demokratischen Verwaltung. Seit seinem Inkrafttreten vor 20 Jahren hat sich das IFG bewährt und den voraussetzungslosen Zugang zu staatlichen Informationen als wichtigen Bestandteil demokratischer Teilhabe etabliert.

Die SPD Karlsruhe lehnt jede Reform ab, die das bestehende Transparenzniveau des Informationsfreiheitsgesetzes reduziert. Wir wollen den uneingeschränkten Erhalt der bestehenden Auskunftsansprüche von Bürgerinnen und Bürgern, Presse und Zivilgesellschaft.

Transparenz schafft Vertrauen in staatliches Handeln. Sie stärkt die demokratische Kontrolle, ermöglicht informierte öffentliche Debatten und ist Ausdruck eines offenen und selbstbewussten Rechtsstaats. Deshalb muss das Informationsfreiheitsgesetz erhalten und zukunftsfest weiterentwickelt werden. Ziel ist es, den Zugang zu Informationen einfacher, schneller und bürgerfreundlicher zu gestalten sowie die Verwaltung weiter zu modernisieren.

Die SPD Karlsruhe begrüßt das Ziel, das Informationsfreiheitsgesetz entsprechend den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages weiterzuentwickeln. Dazu gehören insbesondere die konsequente Digitalisierung und Beschleunigung der Bearbeitungsprozesse. Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass Informationszugänge vielfach noch auf papiergebundenen Verfahren und manuellen Bearbeitungsschritten beruhen. Wirkliche Transparenz bedeutet, dass die Veröffentlichung von für die Öffentlichkeit relevanten Informationen noch stärker als bisher zum Regelfall wird, auch ohne entsprechende Anfragen. Eine moderne Verwaltung muss digitale, effiziente und transparente Verfahren gewährleisten.

Begründung:

erfolgt mündlich